

KV-Nr.: 2404

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt) aus 8 Blatt und ist vollständig durchnummeriert.

Der Aufgabentext ist zu Beginn auf Vollständigkeit zu überprüfen.

PLZ, Ort, Datum
41464 Neuss, 11.06.1999

Uhrzeit
12.00

Kreispolizeibehörde
Neuss
Jülicher Landstr. 178
41464 Neuss

Strafanzeige

Strafbare Handlung:	- vom LJPA entfernt -		§§ StGB
Tatort:	Ausführliche Beschreibung Sparkassenfiliale Meererhof, Neuss		AG-Bezirk Neuss
Tatzeit:	Wochentag, Datum, Uhrzeit Freitag, 11.06.1999, 10.30		
Geschädigt:	Familienname, Vorname, Geburtstag, Geburtsort Sparkasse Neuss; Söffing Angelika		
Beschuldigt:	Beruf	Wohnung	
	Bankangestellte	Fischerstr. 14, 41462 Neuss	
	Familienname, Vorname, Geburtstag, Geburtsort Harald Winzer aus Neuss-Norf		
	Beruf	Wohnung	
Gegenstand:	XX		Schadenshöhe XX
	XX		
Beweisstücke:	XX		
Wo versichert?	XX		

Spurensuche

a) Wurde veranlaßt am _____ Uhrzeit _____
(siehe Spurensicherungsbericht Bl. _____ d. A.)
b) ☒ ist nicht erforderlich.
Blutprobe wurde ☐ veranlaßt. ☒ nicht veranlaßt.
Unterschrift, Dienstgrad _____

Fahndung

a) Suchvermerk ☐ liegt vor. ☒ liegt nicht vor.
b) Notkarte ☐ angelegt. ☒ nicht angelegt.
c) Krim.-pol. Pers.-Akte. ☐ vorhanden. ☒ nicht vorhanden.
und ☐ eingesehen. ☐ nicht eingesehen.
d) FS ☐ gegeben. ☐ nicht gegeben.
Unterschrift, Dienstgrad _____

Müller, Lok

Kreispolizeibehörde Neuss

Neuss

, den 11.06.1999

PI 1 .K.-Tgb.-Nr. 1106/437/99

Zeugenvernehmung

in der Sparkassenfiliale Neuss-Meererhof

Der/die nachgenannte Zeuge(in) erschien

- () auf Grund einer Vorladung
 (x) aus eigener Veranlassung

Zutreffendes (x) oder ausfüllen

Name, Vorname, ggf. Geburtsname Söffing, Angelika
Staatsangehörigkeit/ geb. am , in deutsch, geb. am 12.07.1962 in Neuss
Beruf/ Wohnort, Straße, Hausnummer Bankkauffrau, Fischerstr. 14, 41462 Neuss

Mit dem Gegenstand der Vernehmung bekannt gemacht, erklärt ~~der~~/die Zeuge(in) Folgendes:

Ich bin mit dem Beschuldigten weder verwandt noch verschwägert. Ich wurde darauf hingewiesen, dass ich die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, durch deren Beantwortung ich mich oder einen Angehörigen der Gefahr aussetzen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden.

Zur Sache:

Ich bin Angestellte der Sparkasse Neuss und war am heutigen Tag in der Zweigstelle im Meererhof eingesetzt. Gegen 10.30 Uhr war ich allein im Kassenraum der Sparkasse, als eine mir bisher unbekannte männliche Person den Schalterraum betrat. Schalterraum und Kassenraum sind nicht durch ein Sicherheitsglas getrennt. Ohne dass der Mann etwas zu mir sagte, öffnete er seine Jeansjacke. In der Innentasche der Jacke steckte eine Pistole. Ich hatte den Eindruck, dass ich durch das Öffnen der Jacke sehen sollte, dass die Person eine Waffe bei sich trug. Beim Aufschlagen der Jacke zeigte der Lauf der Pistole auf mich. Auf Nachfrage kann ich nur nochmal sagen, dass er dabei wirklich kein Wort sagte.

Nachdem der Mann mir die Waffe gezeigt hatte, verschloss er seine Jacke wieder. Er gab mir daraufhin eine Servicekarte unserer Bank. Diese war vermutlich sein Eigentum; sie war jedenfalls nicht als verlustig gemeldet oder gesperrt. Er verlangte die Auszahlung von Bargeld in Höhe von 100,00 DM. Um eine Barauszahlung tätigen zu können, muss ein Auszahlungsschein ausgefüllt werden. Dies tat ich und legte den Schein dem Mann zur Unterschrift vor. Dieser verweigerte jedoch die Unterschrift mit der Begründung, er könne nicht schreiben. Er tätigte auf dem Auszahlungsschein drei Kreuze. Mit dem Mann war noch ein anderer junger Mann in die Sparkasse gekommen. Zu diesem wandte sich der Kunde, während ich mit ihm sprach, immer wieder um und grinste. Das gesamte Verhalten des jungen Mannes war provozierend.

Da auf der mir vorliegenden Servicekarte eine Unterschrift ersichtlich war, bat ich den Herrn nochmals und höflich, er möge doch bitte mit seiner Unterschrift den Auszahlungsschein unterschreiben, da er sonst kein Geld erhalten könne. Als ich dies sagte, öffnete er abermals seine Jacke und äußerte mit Blick auf die Waffe die Worte: "Es geht doch auch ganz anders, oder?". Dann verschloss er wieder die Jacke. In diesem Augenblick sagte der andere junge Mann etwas wie "Komm, mach keinen Unsinn, ich habe es eilig". Daraufhin unterschrieb dann tatsächlich der Kunde den Auszahlungsschein. Ich habe darum das erbetene Geld ausgezahlt.

Der Auszahlungsschein und auch die Servicekarte waren auf den Namen eines

Harald Winzer aus Neuss-Norf

ausgestellt. Die Unterschrift auf dem Auszahlungsschein stimmte auch mit der Unterschrift auf der Servicekarte überein.

Auf Nachfrage kann ich noch einmal bestätigen, dass der junge Mann mir zweimal seine Pistole gezeigt hat.

Meiner Meinung nach wollte er damit zu verstehen geben, dass er auch ohne Unterschrift Geld bekommen könne. Durch das Zeigen der Waffe fühlte ich mich bedroht. Ich muss auch sagen, dass ich große Angst hatte. Ich hielt es nicht für ausgeschlossen, dass er die Waffe benutzen würde. Er nahm diese allerdings selbst nicht aus der Jacke und richtete sie auch nicht gegen mich. Ich habe mich dennoch in Gefahr gesehen. Man weiß nie, wie eine solche Person handelt.

Die Barauszahlung von dem auf der Sparkassenkarte angegebenen Konto war ohne weiteres möglich. Das Konto war gedeckt. Ich hätte dem Beschuldigten die 100,00 DM aber auch gegeben, wenn das Konto nicht gedeckt gewesen wäre. Ich hatte Angst und bei weiterem Vorhalten bzw. Zeigen der Waffe hätte ich sowieso gezahlt, auch wenn kein Geld auf dem Konto gewesen oder der Auszahlungsschein nicht unterzeichnet worden wäre.

Weitere Angaben kann ich nicht machen.

Geschlossen:

Müller, LOK
Müller, KOK

... selbst gelesen,
genehmigt, unterschrieben
A. Söffing
Söffing

Kreispolizeibehörde Neuss
Jülicher Landstr. 178
41464 Neuss

- ☒ Beschuldigtenvernehmung
☐ Personalbogen
☐ Bericht
- ☒ Erwachsener
☐ Heranwachsender
☐ Jugendlicher
☐ Ausländer
☐ Ausländerbehörde
☐ Jugendamt

Ort / Datum / Uhrzeit

Neuss, 15.06.1999, 15.00 Uhr

1106/437/99

PHW	Personengebundene Hinweise (z.B. Ausbrecher, gewalttätig *)		
PFN	Familienname / Ehefrau u. Namensbestandteile Winzer	PGB	Geburtsname
PSN	Sonstige Namen	PVN	Vorname(n) Harald
PGD	Geburtsdatum (TTMMJJJJ) 07.01.1968	PNA	Geburtsort (Kreis / Land) Mönchengladbach
PMW	Geschlecht männlich	PGO	Staatsangehörigkeit deutsch
PAT	Akademische Grade	PSP	Spitzname
ZLA	Wohnort (ggf. Aufenthaltsort) Platanenstr. 15, 41469 Neuss-Norf	ZVL	Familienstand ledig ✓
		ZAT	Beruf arbeitslos ✓
		Beide Elternteile / Vormund mit Geburtsnamen und Anschrift V.: M.:	
BPA-/Pass-Nr., Ausstellungsdatum, Behörde 34356782; 14.07.1997; Stadt Neuss			
**) _____			
Arbeitgeber (bei Angehörigen des öffentlichen Dienstes auch Anschrift der Dienststelle) _____			
Einkommensverhältnisse a) z.Zt. der Tat b) gegenwärtig Arbeitslosenhilfe 1200,-- DM monatlich		Erwerbslos seit 01.01.1999	
Ehrenämter _____			
Vor- u. Familiennamen des Ehegatten (auch Geburtsname) / Wohnung des Ehegatten bei versch. Wohnung / Beruf _____			
Kinder (Anzahl und Alter) _____			
Pfleger / Bewährungshelfer (Vor- und Zuname, Beruf, Wohnung) _____			
Schule (bei Studierenden auch Anschrift der Hochschule) _____			
Familienverhältnisse (Anzahl der Geschwister - Alter - Eltern geschieden) _____			
Noch zur Person: (u.a. Vorstrafen nach eigenen Angaben; nicht einberufener Wehrpflichtiger oder Zivildienstpflichtiger, Angehöriger der Streitkräfte, Dienstgrad, Zivildienstpflichtiger, Dienststelle mit Anschrift; Ausländer: Aufenthaltserlaubnis / Ausstellungsbehörde; Festnahme / Verbleib; zuständige STA / AZ.) _____ _____ _____			

(Unterschrift bei Personalbogen)

*) polizeiinterner Hinweis / kein Bestandteil der Vernehmung

**) Bei Beschuldigtenvernehmung hier Belehrung (Vordruck NW Pol 11a) vornehmen
NW POL 11

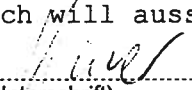
Zu Beginn meiner Vernehmung zur Sache ist mir eröffnet worden, welche Tat mir zur Last gelegt wird.

Ich bin darauf hingewiesen worden, dass es mir nach dem Gesetz freisteht, mich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor meiner Vernehmung, einen von mir zu wählenden Verteidiger zu befragen.

Ich bin ferner darüber belehrt worden, dass ich zu meiner Entlastung einzelne Beweiserhebungen beantragen kann.

Ich habe mich wie folgt entschieden:

Ich will aussagen.


(Unterschrift)

Zur Sache:

Mein Freund Klaus Zeller und ich waren an dem 11.06.1999 den letzten Tag bei einer ABM-Maßnahme in Neuss beschäftigt. Als wir Feierabend machten, war unsere S-Bahn gerade weg. Da ich noch Geld brauchte, gingen wir zur Sparkasse auf den Meererhof. Ich hatte meine Servicekarte dabei und wollte Geld abholen. Der Geldautomat war allerdings defekt. Darüber habe ich mich geärgert, weil ich nun wieder die ganzen Formalitäten mit der Schaltermitarbeiterin klären musste. Daher kam mir der Gedanke, dass ich auch einmal versuchen könnte, ohne Unterschrift usw. an das Geld zu kommen. Mein Freund Klaus und ich waren in lustiger Stimmung und ich wollte die Bankangestellte etwas ärgern.

Als ich vor dem Schalter stand, suchte ich meine Sparkassenkarte heraus und zog dabei auch meine Jacke auseinander. Dabei hat die Kassiererin wohl die von mir mitgeführte Waffe gesehen. Als ich das merkte, habe ich der Kassiererin gesagt, dass ich zwar eine Waffe mit mir führe. Sie brauche aber keine Bedenken zu haben, dies sei kein Überfall. Ich übergab ihr meine Servicekarte und sie hat dann den Auszahlungsschein ausgefüllt. Da ich aber, wie gesagt, keine Lust auf diese Formalitäten hatte und sie aus Spaß etwas ärgern wollte, sagte ich ihr, dass ich nicht schreiben könne und den Schein nicht unterschreiben könne. Sie antwortete, dass sie nur auszahlen könne, wenn der Auszahlungsschein ordnungsgemäß unterschrieben sei. Wir haben ein wenig darüber herumdiskutiert.


Ich wollte währenddessen ein Taschentuch suchen und habe darum wieder in meiner Jacke herumgekramt, sie dabei möglicherweise auch geöffnet. Mein Freund Klaus sagte dann von hinten, dass ich mich beeilen solle, er hätte keine Lust, ewig zu warten. Daraufhin habe ich dann eben doch den Auszahlungsschein unterschrieben, das Geld bekommen und wir sind wieder gegangen.

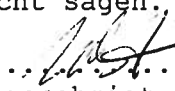
Auf Vorhalt:

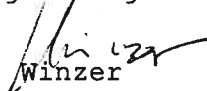
Es ist nicht richtig, dass ich unter Hinweis auf die Waffe zu der Angestellten gesagt habe, ich könnte auch noch anders an Geld gelangen. Ich wollte sie nur mit der Unterschrift etwas ärgern. Mein Konto war zu diesem Zeitpunkt gedeckt, selbstverständlich wollte ich nur Geld von meinem Konto erhalten. Bei der Waffe, die ich an dem Tag bei mir führte, handelte es sich um die Waffe, die die Polizei heute bei mir sichergestellt hat. Ich hatte sie dabei, weil es so früh dunkel wurde und ich so für meine persönliche Sicherheit sorgen wollte. Ich wollte wirklich nur etwas Unfug machen.

Mehr kann ich zu der ganzen Sache nicht sagen.

Geschlossen:


Müller, KOK

...... gelesen,
genehmigt und unterschrieben:


Winzer

Kreispolizeibehörde Neuss

Neuss

, den 17.06.1999

PI 1.-K.-Tgb.-Nr. 1106/437/99

Zeugenvernehmung

Der/die nachgenannte Zeuge(in) erschien

- (x) auf Grund einer Vorladung
 () aus eigener Veranlassung

Zutreffendes (x) oder ausfüllen

Name, Vorname, ggf. Geburtsname Zeller, Klaus
Staatsangehörigkeit/ geb. am , in deutsch, geb. am 21.10.1963 in Neuss
Beruf/ Wohnort, Straße, Hausnummer gelernter Schreiner, z.Zt. arbeitslos, Apfelweg 4, 41469 Neuss- Norf

Mit dem Gegenstand der Vernehmung bekannt gemacht, erklärt der/die Zeuge(in) Folgendes:

Ich bin mit dem Beschuldigten weder verwandt noch verschwägert. Ich wurde darauf hingewiesen, dass ich die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, durch deren Beantwortung ich mich oder einen Angehörigen der Gefahr aussetzen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden.

Zur Sache:

Am 11.06.1999 war ich im Rahmen einer ABM-Maßnahme mit dem Herrn Winzer im Neusser Zentrum beschäftigt. Wir hatten an diesem Tag früh Schluss gemacht. Da wir die S-Bahn verpasst hatten und mein Kollege Herr Winzer noch Geld brauchte, sind wir zu der Sparkasse auf dem Meererhof gegangen. Herr Winzer hat sich geärgert, weil der Geldautomat bei dieser Sparkasse wieder defekt war und er extra in den Kundenbereich eintreten musste. Ich bin auch mit in die Sparkasse hineingegangen, habe aber das Gespräch zwischen Herrn Winzer und der Sparkassenangestellten nicht mitgehört. Ich stand etwas abseits. Ich habe gedacht, dass der Harald Winzer ganz normal Geld abheben wollte. Plötzlich sah ich dann aber, dass er seine Jacke öffnete. Ich wusste, dass er in dieser Jacke einen Revolver mit sich führte. Er redete dann ungewöhnlich lange mit der Kassierererin herum. Als er dann ein zweites Mal seine Jacke öffnete und ich diesmal deutlich den Revolver sah, kam mir die Sache komisch vor. Ich ging darum etwas näher heran und sagte ihm, dass er sich beeilen solle, ich wollte nicht ewig herumstehen. Daraufhin kam er dann auch bald und hatte Geld bei sich. Weiteres kann ich zu der ganzen Sache nicht sagen, wir haben über die Angelegenheit hinterher nicht gesprochen.

Geschlossen:

Müller, KOK
 Müller, KOK

Palast gelesen,
 genehmigt und unterschrieben:
Zeller
 Zeller

Der Landrat
als Kreispolizeibehörde
- Neuss-

Neuss, 23.06.1999

Ort, Datum

- ☒ Urschriftlich mit Akten
☐ Urschriftlich mit Asservaten (s. Bl. _____)

☒ Zutreffendes ist angekreuzt

- ☐ Polizeistation
☐ Kriminalpolizei
☒ Staatsanwaltschaft
☐ Amtsgericht

Sachbearbeiter der Kriminalpolizei Müller, KOK
Telefon 02131- 300- 221
Tgb.-Nr. 1106/437/99

Düsseldorf

Ort

- ☒ im Tagebuch austragen
☐ im Tagebuch vermerken

- ☐ unter Hinweis auf Bl. _____
☐ zum dortigen Az./Tgb.-Z. _____
☒ zuständigkeithalber
☐ zur Kenntnis und weiteren Veranlassung

- ☒ übersandt.
☐ nachgereicht.
☐ zurückgesandt

- ☐ Abgabennachricht wurde erteilt.
☐ Vermerk:

Staatsanwaltschaft Düsseldorf Eing. 24. Juni. 1999 Anl. ____ Bd. 1 Akt.
--

Im Auftrag:

Müller, KOK
(Müller) KOK

Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft ist vorzuschlagen.

Sollten weitere Ermittlungen für erforderlich gehalten werden, so ist davon auszugehen, dass diese durchgeführt worden sind und keine neuen Gesichtspunkte ergeben haben.

Im Falle einer Anklage braucht der Anklagesatz nicht formuliert zu werden. Es genügt die Angabe, vor welchem Gericht wegen welcher Straftaten Anklage erhoben werden soll. Entsprechendes gilt bei einem Antrag auf Erlass eines Strafbefehls; ein Vorschlag zum Strafmaß ist dabei entbehrlich.

Im Falle einer Einstellung genügt der zusammenfassende Vorschlag, warum und aufgrund welcher Vorschriften das Verfahren eingestellt werden soll.

Straftatbestände außerhalb des StGB sowie Ordnungswidrigkeiten sind nicht zu prüfen.

Der Bundeszentralregisterauszug des Beschuldigten Winzer vom 16.06.1999 enthält keine Eintragungen.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Düsseldorf hat das AG Neuss am 14.06.1999 einen Durchsuchungsbeschluss für die Wohnung des Harald Winzer erlassen. Dieser Beschluss wurde am 15.06.1999 vollzogen. Dabei wurde ein Revolver der Marke „Röhn RG 89“ sichergestellt. Herr Winzer begleitete die Polizeibeamten freiwillig zur Vernehmung auf die Polizeiwache.

Prüfervermerk zur Vortragsakte

Dieser Vortrag wurde aus der Austauschprüfungsaufgabe des LJPA Thüringen, AV - SR 1 I/99, entwickelt. Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ist keine Musterlösung.

1. Hinreichender Tatverdacht wegen räuberischer Erpressung gem. §§ 253, 255 StGB

Der Beschuldigte (W) müsste die Zeugin Söfing (S) mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben bedroht und diese dadurch zu einer Handlung genötigt haben. Fraglich ist, ob W die Zeugin S mit der mitgeführten Waffe bedroht hat. W äußerte, er habe seine Waffe nicht bewusst vorgezeigt, sondern der S vielmehr erklärt, es handele sich um keinen Überfall. Gegen diese Einlassung des W spricht, dass die Zeugin S den Handlungsablauf differenziert und schlüssig abweichend geschildert hat. Zum einen bekundete sie, W habe beim ersten Aufziehen der Jacke nichts geäußert und keine beruhigende Erklärung hinsichtlich der Waffe abgegeben. Beim zweiten Öffnen der Jacke habe W mit Blick auf die Waffe geäußert, dass es doch auch noch ganz anders gehe. Die Zeugin ist sich sicher, dass W ihr zweimal die Pistole gezeigt hat. Anhaltspunkte dafür, dass die Zeugin bewusst die Unwahrheit sagt, dürften nicht bestehen. Hinzu kommt, dass auch die Bekundungen des Zeugen Zeller (Z) für die Richtigkeit der Schilderungen der Zeugin sprechen. Der Zeuge Z bekundete, W habe zweimal seine Jacke geöffnet und zumindest beim zweiten Mal sei deutlich der Revolver zu sehen gewesen. Beim zweiten Mal sei ihm dies komisch vorgekommen, weshalb er W gesagt habe, dass dieser sich beeilen solle. Diesen Angaben dürfte sich entnehmen lassen, dass W die Jacke nicht nur zufällig, sondern zumindest beim zweiten Mal demonstrativ geöffnet hat. Zumindest durch das zweite Vorzeigen der Waffe in Verbindung mit der vorausgegangenen Weigerung, den Auszahlungsschein zu unterzeichnen, und dem von der Zeugin geschilderten Hinweis, dass es auch noch anders gehen könne, dürfte W deutlich gemacht haben, dass er bereit war, die Waffe zur Durchsetzung seiner Interessen einzusetzen. Bei Einsatz der Waffe wären die Gesundheit bzw. das Leben der Zeugin gefährdet gewesen. Eine Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben dürfte anzunehmen sein. Diese Drohung dürfte jedoch für die Auszahlung des Geldes nicht ursächlich geworden sein. So hat die Zeugin angegeben, dass sie das erbetene Geld ausgezahlt habe, weil W den Auszahlungsschein letztlich unterschrieben habe. Sie bekundete weiter, dass sie bei weiterem Vorhalten/Zeigen der Waffe das Geld auch gezahlt hätte, wenn keine Deckung auf dem Konto vorhanden gewesen wäre oder der Auszahlungsschein nicht unterzeichnet worden wäre. Diesem Hinweis auf das weitere Vorhalten der Waffe dürfte entnommen werden können, dass die Zeugin zum Zeitpunkt der Auszahlung ihre Willensfreiheit noch nicht maßgeblich eingeschränkt sah. Eine vollendete räuberische Erpressung dürfte daher nicht vorliegen.

2. Hinreichender Tatverdacht wegen versuchter räuberischer Erpressung gem. §§ 253, 255, 22, 23 StGB

W dürfte nach den obigen Feststellungen entschlossen gewesen sein, die Zeugin durch das Zeigen der Waffe zu einer Auszahlung zu bewegen. Der erneute Hinweis auf die Waffe und die darin enthaltene Bedrohung der Zeugin sollten diese zur Auszahlung des gewünschten Geldes veranlassen. Es dürfte jedoch nicht anzunehmen sein, dass W die Sparkasse hierdurch vorsätzlich schädigen wollte. W hat in seiner Vernehmung angegeben, er habe nur Geld von seinem gedeckten Konto abheben wollen. Diese Einlassung dürfte im Hinblick darauf, dass er der Zeugin S seine Servicekarte überreichte, auch glaubhaft sein. Ob durch die Abbuchung der 100,- DM vom Konto des W ohne Vorlage eines unterzeichneten Auszahlungsbelegs eine konkrete Vermögensgefährdung auf Seiten der Sparkasse eingetreten wäre, dürfte letztlich dahinstehen können. Zwar dürfte der von dem Kunden zu unterzeichnende Auszahlungsbeleg nicht nur der Legitimation, sondern auch als Nachweis des Geldinstituts für die Abbuchungsberechtigung dienen. Die Sparkasse könnte sich daher im Falle eines Rechtsstreits hinsichtlich der Abbuchungsberechtigung in Beweisnot befinden. Jedoch dürfte W insoweit kein Vorsatz nachzuweisen sein. Es dürften sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass W sich im Tatzeitpunkt bewusst war, dass er ohne Unterzeichnung des Auszahlungsbelegs später die Abbuchungsberechtigung des Geldinstituts in Frage stellen und Rückbuchung verlangen könnte. Eine Strafbarkeit wegen versuchter räuberischer Erpressung dürfte daher ausscheiden.

3. Hinreichender Tatverdacht wegen versuchter Nötigung gem. §§ 240, 22, 23 StGB

Die Nötigung ist nicht vollendet, da es an einer auf die Drohung zurückzuführenden Handlung der Zeugin S fehlt (s.o.). W wollte die Zeugin bedrohen und diese dadurch zur Auszahlung des Geldes veranlassen (s.o.). Durch den Hinweis auf die Waffe hat er unmittelbar zur Begehung der Nötigung angesetzt. Die Tat war auch gem. § 240 II StGB rechtswidrig. Die Androhung der Verwendung der Waffe zu dem Zweck, die Zeugin zur Auszahlung des Geldes zu veranlassen, war sozial unerträglich und verwerflich. W könnte jedoch gem. § 24 I StGB strafbefreiend von dem Versuch zurückgetreten sein. W hat von weiteren Drohungen und der Anwendung der Waffe abgesehen und dem Verlangen der Zeugin S entsprechend den Auszahlungsschein unterschrieben. Der Versuch war zu diesem Zeitpunkt nicht fehlgeschlagen. W hätte unter weiteren Drohungen auf der Auszahlung bestehen können. Die Zeugin hätte, wie sie selbst angibt, das Geld dann herausgegeben. Ob der Versuch aus Sicht des W bereits beendet war, ob er also bereits alles zur Durchsetzung seines Vorhaben getan zu haben glaubte, kann hier dahinstehen. W ist jedenfalls auch den qualifizierten Anforderungen des § 24 I 2. Alt. StGB gerecht geworden. Er hat die Vollendung der Tat dadurch verhindert, dass er dem Ersuchen der Zeugin nachkam und für die Zeugin einen Grund zur Auszahlung des Geldes durch Unterschreiben des Auszahlungsscheins setzte. Zugunsten des W ist davon auszugehen, dass dies freiwillig geschah. Der Zeuge Z wirkte zwar durch sein Drängen auf W ein. Dadurch wurde dessen Entscheidungsfreiheit jedoch nicht eingeschränkt. W hat sich auch nicht einer versuchten Nötigung strafbar gemacht.

4. Hinreichender Tatverdacht wegen Bedrohung gem. § 241 StGB

W dürfte sich einer Bedrohung hinreichend verdächtig gemacht haben. Durch das Vorzeigen der Waffe weckte er in der Zeugin die Vorstellung, er werde bei weiterer Weigerung diese gegen sie anwenden. Dadurch konnte bei objektiver Betrachtung (vgl. Schönke/Schröder, § 241 Rn. 4) die Bedrohte zu Recht den Eindruck erlangen, W werde sie gegebenenfalls töten. Ob W dies tatsächlich vorhatte, ist unerheblich (Tröndle/Fischer, § 241 Rn. 3). W dürfte insoweit auch vorsätzlich, rechtswidrig und schuldhaft gehandelt haben.

Prozessuales Vorgehen: Hinsichtlich des verwirklichten Straftatbestandes der Bedrohung dürfte entweder der Erlass eines Strafbefehls beim AG Neuss, Strafrichter, zu beantragen, oder eine entsprechende Anklage zu erheben sein. Dabei dürfte die Einziehung der verwendeten Pistole gem. § 74 I, II Nr. 1 StGB gleichfalls zu beantragen sein.